



Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

wir freuen uns, Ihnen den dritten und letzten Infobrief des Jahres zuzusenden.

In Hanau haben wir das erste Halbzeitgespräch abgeschlossen. Wir können über einen erfolgreichen Workshop in der erst diesjährig gesiegelten Kommune Algermissen berichten. Außerdem ist der Verein „Kinderfreundliche Kommunen“ seit September ordentliches Mitglied der National Coalition, dem Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.

Mehr dazu und einige andere Themen finden Sie in diesem Infobrief.

Wir wünschen Ihnen wunderbare Feiertage und freuen uns auf die Herausforderungen des nächsten Jahres!

Viele Grüße

Ihr Team vom Verein Kinderfreundliche Kommunen

## Infos

Halbzeitgespräch in Hanau

Workshop in Algermissen

Wir sind dabei: National Coalition Deutschland

IT und Kommunikationstechnologien sind im Freizeitverhalten der Jugend allgegenwärtig

National Coalition: Die Zeit ist reif... für eine Grundgesetzänderung!

## Deutsches Kinderhilfswerk

Deutsches Kinderhilfswerk fordert bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Kitas

Kinderseiten im Internet müssen auch mobil gut nutzbar sein

Kinderrechteprojekt „Kinderreporter 2016 - Kinder haben was zu sagen!“ - Berichte aus Bremen und Leipzig

## Deutsches Komitee für UNICEF

Justizminister für Kinderrechte ins Grundgesetz

Geflüchtete Kinder in Europa – Stellungnahme von 78 internationalen Organisationen

70. Geburtstag von UNICEF am 11. Dezember

## Infos

Halbzeitgespräch in Hanau

Am Freitag, den 23. September 2016 fand das erste Halbzeitgespräch des Vorhabens „Kinderfreundliche Kommunen“ in der Stadt Hanau statt. Zusammen mit den Sachverständigen informierte sich der Verein über den aktuellen Zwischenstand der Umsetzung.

Eine Initiative von



Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.

Vorsitzende: Anne Lütkes



Eingeleitet wurde das Tagesprogramm durch ein Spielfest auf dem Freiheitsplatz. Oberbürgermeister Claus Kaminsky begrüßte die Besucherinnen und Besucher. Außerdem gab es Musik, das Spielmobil „Augustinchen“ war vor Ort und einige Stände informierten über verschiedene Kinder- und Jugendprojekte, wie zum Beispiel die Kinderrechteschulen.

Anschließend fand das Halbzeitgespräch mit mehreren Kindern und Jugendlichen statt. Die Kinder und Jugendlichen wurden unter anderem gefragt, was sie sich für die Zukunft Hanaus wünschen würden. Die drei Jugendlichen aus dem Jugendplenum haben sich neben dem Fortbestand und der Stärkung des Jugendplenums, eine Halfpipe und einen Treffpunkt gewünscht. Die Kinder aus der Heinrich-Heine- und der Gebrüder-Grimm-Schule wünschten sich mehr Skateranlagen, einen inklusiven Spielplatz und mehr Geld und Aufmerksamkeit für das, was Kindern wichtig ist.

[zum Anfang](#)

### Workshop in Algermissen

Der zweite Workshop des Jahres 2016 fand in Algermissen statt. Am 8. November wurden wir vom Bürgermeister Wolfgang Moegerle herzlich im SOFA begrüßt. Anschließend haben die Vertreterinnen und Vertreter aus den Kommunen über den aktuellen Stand des Vorhabens „Kinderfreundliche Kommunen“ vor Ort berichtet.

Für einen Input sorgte Claudia Kittel, Leiterin der [Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention](#). Die unabhängige Monitoring-Stelle ist seit November 2015 am Deutschen Institut für Menschenrechte (DIM) angesiedelt. Anschließend besuchten wir den Jugendtreffpunkt „[Gänserampe](#)“, wo uns die Jugendlichen etwas über den Ort, ihre Arbeit als [Jugendleiter und Jugendleiterinnen](#) sowie besondere Events und Angebote für Kinder und Jugendliche erzählten.

Am nächsten Morgen wurden im Rahmen der Open Space-Methode die aktuell wichtigsten Fragen in Bezug auf das Vorhaben erarbeitet. Zu den insgesamt drei Themen (Partizipation in die Verwaltung tragen, Umsetzung Kinder und Jugendbüro, Erfahrungsaustausch unter den Kommunen) haben sich Leiter und Leiterinnen für Arbeitsgruppen gefunden, um die Umsetzung ihrer Ideen direkt anzugehen.

Der Verein "Kinderfreundliche Kommunen e.V." bedankt sich beim Bürgermeister, der Jugendpflege und der Stadt Algermissen für die herausragende Organisation des Workshops.

[zum Anfang](#)

### Wir sind dabei: National Coalition Deutschland

Wir freuen uns, dass der Verein "Kinderfreundliche Kommunen e.V." seit dem Beschluss vom 14. September 2016 ordentliches Mitglied der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (NC) ist.

Die National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland wurde 1995 anlässlich der Staatenberichterstattung zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die

Eine Initiative von



Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.

Vorsitzende: Anne Lütkes



Rechte des Kindes vom 20. November 1989 von Organisationen der Zivilgesellschaft gegründet, um die Bekanntmachung der Konvention in der Öffentlichkeit zu fördern und Verantwortungsträgern in Bund, Ländern und Gemeinden deutlich zu machen, welche Verpflichtungen aus der Kinderrechtskonvention folgen und welche Anstrengungen in Deutschland sowie in der internationalen Zusammenarbeit unternommen werden müssen, um die Rechte des Kindes zu verwirklichen. (Quelle: [Satzung](#))

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

**IT und Kommunikationstechnologien sind im Freizeitverhalten der Jugend allgegenwärtig**  
Rund 85 Prozent aller 17-Jährigen in Deutschland beschäftigen sich täglich mit dem PC oder Internet. Vor 15 Jahren war es weniger als ein Drittel. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis von Daten der Langzeitstudie Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) und des Statistischen Bundesamtes hervor. Die Studie zeigt, wie allgegenwärtig PC und Smartphones in der Freizeit der Jugendlichen sind: 78 Prozent der 17-Jährigen surfen oder chatten nach eigenen Angaben täglich, 72 Prozent sind jeden Tag in den sozialen Netzwerken unterwegs. Während vor 15 Jahren Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen und geringer Bildung seltener Zugang zu privaten PCs und zum Internet hatten, ist dies heute für nahezu alle 17-Jährigen im Land gewährleistet. „Haushaltseinkommen, Bildungsgrad der Eltern oder Migrationshintergrund machen heutzutage so gut wie keinen Unterschied mehr, wenn es darum geht, wer Zugang zum Internet hat“, so Studien-Autorin Sandra Bohmann. „Was sich allerdings entlang bestimmter sozio-demographischer Merkmale unterscheidet, ist die Art und Weise, wie die jungen Menschen die IT- und Kommunikationstechnologien nutzen“, so Bohmann weiter. So geht ein geringes Haushaltseinkommen mit einer stärkeren Nutzung des Internets einher. Jugendliche aus Haushalten mit einem hohen sozialen Status beschäftigen sich dagegen weniger mit IT- und Kommunikationstechnologien und verbringen mehr Zeit mit anderen Beschäftigungen als Gleichaltrige aus Haushalten mit niedrigerem Status.

Die Autorinnen und Autoren der Studie appellieren ausgehend von den Ergebnissen insbesondere an die Bildungspolitik. Die Schule solle als Ort der Auseinandersetzung mit dem verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien fungieren. (Quelle: Newsletter Kinderpolitik vom 6.12.2016)

Den Wochenbericht des DIW finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

## **National Coalition: Die Zeit ist reif... für eine Grundgesetzänderung!**

In ihrem Hamburger Appell fordert die National Coalition mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehende Bundestagswahl die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen auf, sich für die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung stark zu machen. Auch sollten sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen klar zu den Kinderrechten positionieren.

Eine Initiative von



**Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.**

Vorsitzende: Anne Lütkes



„Die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz ist nicht nur Symbolpolitik. Sie hat große Auswirkungen auf die konkrete Lebenssituation von Kindern. Schwarz auf weiß wäre endlich klargestellt, dass das Kindeswohl, wie in Artikel 3 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt, bei allen Kinder betreffenden Entscheidungen ‚ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt‘ ist. Damit erhalten die Interessen von Kindern ein größeres Gewicht bei zahlreichen Entscheidungen, etwa bei der Planung von kindgerechten Wohnvierteln, beim Bau einer Kita oder im Ausländerrecht. Richterinnen und Richter sowie Behörden wären verpflichtet, sich stärker auf das Kindeswohl zu beziehen“, so Luise Pfütze und Jörg Maywald, Sprecherin und Sprecher der National Coalition Deutschland.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

## Deutsches Kinderhilfswerk

### Deutsches Kinderhilfswerk fordert bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Kitas

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die Einführung bundeseinheitlicher Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen. Zudem bedarf es aus Sicht des Verbandes weiterer Kraftanstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen zur Verbesserung der Kita-Qualität in Deutschland sowie eines entsprechenden Investitionsprogramms. „Die heute von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte Studie zeigt, dass sich neben zahlreichen Fachverbänden auch die Eltern für bundesweit verbindliche Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen in den Bereichen Personalschlüssel, Verpflegung und Ausbildung der Fachkräfte aussprechen. Bei der Festlegung solcher Standards kommt es darauf an, dass der von Bund und Ländern eingeschlagene Weg zur Verbesserung der Qualität in Kitas und Kindertagespflege konsequent weiterverfolgt wird. Hier müssen dem im November vorgestellten Zwischenbericht von Bund, Ländern und Kommunen zur Kita-Qualität jetzt konkrete Umsetzungsschritte folgen“, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

### Kinderseiten im Internet müssen auch mobil gut nutzbar sein

Das Deutsche Kinderhilfswerk plädierte zum „Tag der Kinderseiten“ für eine nachhaltige Förderung von guten, nicht-kommerziellen Kinder-Internetseiten, auch damit diese mobil gut nutzbar sind. Nach Schätzungen des Deutschen Kinderhilfswerkes liegt der Anteil der Kinder, die Kinder-Internetseiten mobil nutzen, derzeit bei rund zwei Drittel, eine steigende Tendenz ist zu erwarten. Eigene mobile Kinderwebseiten sind aber gleichzeitig noch die Ausnahme, und viele der Seiten verfügen noch nicht einmal über ein responsives Design. „Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes steht hier die Bundesregierung in der Verantwortung, sowohl die Existenz guter Kinder-Internetseiten allgemein als auch ganz akut ihre mobile Nutzung dauerhaft sicherzustellen. Hier sollte durch eine projektunabhängige Förderung ein vielfältiges Angebot guter Kinder-Internetseiten sichergestellt werden, die sich am zunehmenden Trend der mobilen Nutzung orientiert“, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Eine Initiative von



Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.

Vorsitzende: Anne Lütkes



Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

## Kinderrechteprojekt „Kinderreporter 2016 - Kinder haben was zu sagen!“ - Berichte aus Bremen und Leipzig

Beim Projekt „Kinderreporter 2016 - Kinder haben was zu sagen!“ befragt eine Kindergruppe Menschen in ihrer Stadt zu Themen, die sie bewegen und bei denen sie Veränderungen in ihrem Wohnumfeld erreichen wollen. Auch wenn die Umfragen nicht repräsentativ sind, geben sie doch ein gutes Stimmungsbild, wie die Situation vor Ort jeweils eingeschätzt wird.

### **Bremer Kinder besorgt um die Zukunft ihres Spielplatzes**

Sehr viele Kinder in Bremen-Findorff sind besorgt um die Zukunft der Spielplätze in ihrem Umfeld. Grund sind die Medienberichte in den letzten Monaten, wonach auch Spielplätze teilweise mit Kitas bebaut werden sollen. Dazu haben die Kinder eine klare Meinung: 86 Prozent der Kinder sind dagegen, dass „ihr“ Spielplatz mit einer Kindertagesstätte bebaut und dadurch kleiner wird. Das ist das zentrale Ergebnis einer Befragung unter 80 Kindern in Bremen-Findorff. In Bremen hatten sich vier Mädchen und Jungen im Alter von zehn und elf Jahren für die Themen „Spielplätze“ und „Bebauung von Spielplätzen“ entschieden. Denn der Spielplatz an der Corveystraße, auf dem die vier oft spielen, ist in Gefahr: Er muss vielleicht einem nach Ansicht vieler Beobachter überdimensionierten Kita-Neubau weichen. Neben den Kinderinterviews hat die Gruppe auch Erwachsene sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik befragt.

### **Sehr große Mehrheit der Menschen in Leipzig sieht „Zwangsentmietung“ als großes Problem**

Für eine sehr große Mehrheit der Menschen in Leipzig (92 Prozent) ist das Thema „Zwangsentmietung“ ein großes Problem. Beklagt werden in diesem Zusammenhang die fehlende Unterstützung für Mieter, fehlender Wohnraum und steigende Mietpreise. Als Lösungsvorschläge werden vor allem die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Stärkung der Mieterrechte, der Erlass von neuen gesetzlichen Regelungen und mehr mediale Aufmerksamkeit für dieses Thema genannt. Insgesamt wurden 52 Einwohnerinnen und Einwohnern befragt. In Leipzig haben die 12-jährige Annika und die 10-jährige Finja sowohl Menschen zum Thema „Zwangsentmietung“ befragt und interviewt als auch mit Betroffenen gesprochen. Die beiden Mädchen finden es ungerecht, dass es immer wieder Vermieter gibt, die Familien mit Kindern die Wohnung kündigen, um das Haus zu sanieren und dann teuer zu verkaufen. Dabei schrecken Vermieter nach Ansicht der beiden auch nicht davor zurück, mit unlauteren Mitteln den Auszug zu erzwingen.

Weitere Informationen zum Kinderrechteprojekt Kinderreporter 2016 finden Sie [hier](#).

Die vollständige Pressemitteilung zu Bremen finden Sie [hier](#).

Die vollständige Pressemitteilung zu Leipzig finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

Eine Initiative von



Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.

Vorsitzende: Anne Lütkes



## Deutsches Komitee für UNICEF

### Justizminister für Kinderrechte ins Grundgesetz

UNICEF Deutschland begrüßt ausdrücklich den im Rahmen der Herbstkonferenz am 18. November gefassten Beschluss der Justizministerinnen und Justizminister, wonach Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten.

„Fast 25 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland ist die Initiative der Justizministerkonferenz, die Kinderrechte in der deutschen Verfassung zu verankern, eine wichtige Weichenstellung. Damit könnten künftig die Interessen von Kindern mit Vorrang berücksichtigt und ihre Stellung im deutschen Rechtssystem gestärkt werden. Wir freuen uns über dieses deutliche Bekenntnis zu mehr Kinderfreundlichkeit“, so Christian Schneider, Geschäftsführer des deutschen Komitees für UNICEF e. V.

Zur Ausgestaltung einer Ergänzung des Grundgesetzes hat das Aktionsbündnis Kinderrechte – bestehend aus UNICEF Deutschland in Kooperation mit der Deutschen Liga für das Kind, dem Deutschen Kinderschutzbund sowie dem Deutschen Kinderhilfswerk – einen Formulierungsvorschlag unterbreitet. Das Aktionsbündnis Kinderrechte schlägt vor, die Rechte der Kinder wie folgt in einem neu zu schaffenden Artikel 2a in das Grundgesetz aufzunehmen:

1. Jedes Kind hat das Recht auf Förderung seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten zur bestmöglichen Entfaltung seiner Persönlichkeit.
2. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes. Sie unterstützt die Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag.
3. Jedes Kind hat das Recht auf Beteiligung in Angelegenheiten, die es betreffen. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessener Weise zu berücksichtigen.
4. Dem Kindeswohl kommt bei allem staatlichen Handeln, das die Rechte und Interessen von Kindern berührt, vorrangige Bedeutung zu.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Die Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

### Geflüchtete Kinder in Europa – Stellungnahme von 78 internationalen Organisationen

78 internationale Organisationen haben anlässlich des am 29. November in Brüssel stattgefundenen „Europäischen Forums Kinderrechte“ zu besserem Schutz von Kindern in Flucht- und Migrationssituationen aufgerufen. Mindestens ein Drittel der in Griechenland über das Meer angekommenen Flüchtlinge war 2016 unter 18 Jahre alt. Gleichzeitig hat sich der Anteil der unbegleiteten minderjährigen in Italien ankommenden Flüchtlinge verdoppelt im Vergleich zum Vorjahr.

„Jedes einzelne Kind, das nach Europa flieht, hat das Recht auf Schutz vor Gewalt und auf Zugang zu Bildung. Viele von ihnen werden hier aufwachsen und unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten. Wir müssen in Europa gemeinsam viel stärker in diese neue Generation investieren“, so Dr. Sebastian Sedlmayr, Leiter der Abteilung Kinderrechte und Bildung bei UNICEF Deutschland aus Brüssel.

Eine Initiative von



Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.

Vorsitzende: Anne Lütkes



In einem gemeinsamen Statement schlagen die Organisationen sieben prioritäre Handlungsfelder vor:

1. Die EU soll einen Aktionsplan verabschieden, zum besseren Schutz von Kindern im Flucht- und Migrationskontext.
2. Die Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) soll dafür genutzt werden, die Situation von Flüchtlingskindern zu verbessern, insbesondere von denen, die um Asyl suchen.
3. Kinder sollen in der Migrations- und Asylpolitik in jeder Entscheidung priorisiert werden.
4. Für eine Stärkung von Kinderschutzsystemen (in der EU und in den Mitgliedsstaaten) müssen auch finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.
5. Die Rechte von Flüchtlingskindern müssen ressortübergreifend beachtet werden.
6. Der Schutz von Kindern muss auch über Landesgrenzen hinweg funktionieren.
7. Die Datenlage zu Kindern im Migrations- und Fluchtcontext muss verbessert werden.

Das vollständige Statement (Englisch) finden Sie [hier](#).

Die Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

## 70. Geburtstag von UNICEF am 11. Dezember

Vor 70 Jahren, am 11. Dezember 1946, wurde das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen gegründet, um Kindern im verwüsteten Europa zu helfen. Die einzige Bedingung dabei war, dass diese Hilfe „allen Kindern zugutekommen sollte“ – unabhängig davon, welche Rolle ihr Heimatland im Krieg gespielt hatte. Auch deutsche Kinder erhielten damals Hilfe. Denn es gibt kein feindliches Kind. Der Grundgedanke von UNICEF ist bis heute: Es gibt Hoffnung, wenn wir uns für die Rechte eines jeden Kindes auf eine gute Kindheit einsetzen – auch wenn die Umstände noch so schwierig sind. In den vergangenen 70 Jahren hat UNICEF gemeinsam mit zahllosen Partnern entscheidend dazu beigetragen, dass mehr Kinder überleben, zur Schule gehen und vor Ausbeutung geschützt sind als jemals zuvor. So wurde seit 1990 die weltweite Kindersterblichkeit halbiert und hunderte Millionen Kinder aus der Armut herausgeholt.

- Konflikte, Naturkatastrophen sowie Armut und Ungleichheit untergraben jedoch diese Fortschritte.
- Weltweit haben fast 50 Millionen Kinder ihre Heimat verlassen – allein 28 Millionen von ihnen auf der Flucht vor Gewalt und Konflikten.
- Schätzungsweise 263 Millionen Mädchen und Jungen im Grund- und Sekundarschulalter besuchen keine Schule.
- Insbesondere Kinder aus armen Familien haben bis heute weltweit geringere Überlebenschancen, sind schlechter ernährt, werden häufiger ausgebeutet und erhalten zu wenig Förderung und Unterstützung, um sich gut zu entwickeln.

„Gleichgültig, ob Kinder in einer Konfliktregion oder im Frieden aufwachsen: ihre Entwicklung entscheidet nicht nur über ihre individuelle Zukunft, sondern auch über die ihrer Gesellschaften“, sagt UNICEF Exekutivdirektor Anthony Lake.

Eine digitale Pressemappe zu 70 Jahren UNICEF finden Sie [hier](#).

Eine Initiative von



Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.

Vorsitzende: Anne Lütke



Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

[zum Anfang](#)

Falls Sie diesen Newsletter fälschlicherweise erhalten haben bzw. den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine Mail an [heinze@kinderfreundliche-kommunen.de](mailto:heinze@kinderfreundliche-kommunen.de).

Eine Initiative von



Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.

Vorsitzende: Anne Lütkes